

VERFOLGT, VERTRIEBEN ... HEIMATLOS

Das Ende der deutschen Siedlung in Ost-Mittleuropa

Band IV/16

Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mittleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 10. Juli 1952 bis zum 17. Juni 1953

Aufgrund der Tatsache, daß das Leben der deutschen Bevölkerung in den Gebieten Ost-Mittleuropas örtlich, zeitlich und sachlich unterschiedlich verlief, wurde diese Chronik systematisch nach Regionen unterteilt.

Um den Ablauf der damaligen Ereignisse, Maßnahmen und Zustände realistisch darzustellen, wurde eine Vielzahl von Erlebnis- und Presseberichten zitiert. Die Erlebnisberichte mußten im allgemeinen geteilt werden, damit die Ereignisse in zeitlicher Folge angeordnet werden konnten.

Gliederung (im Überblick):

01. SBZ/Ostpreußen (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
02. Ostdeutschland (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
03. Polen
04. CSR (einschließlich Sudetenland und Slowakei). Die Slowakei trennt sich im Jahre 1992 von der CSR. Die CSR nennt sich ab 1993 Tschechien
05. Jugoslawien
06. Rumänien
07. Ungarn
08. UdSSR (seit 1991 Bundesrepublik Rußland)
09. Österreich
10. SBZ (Sowjetische Besatzungszone in Mitteldeutschland – seit dem 7. Oktober 1949 Deutsche Demokratische Republik)
11. DDR (Deutsche Demokratische Republik). Die DDR tritt am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei
12. Berlin (Sitz der Viermächteverwaltung bzw. des Alliierten Kontrollrats). Ost-Berlin wird am 13. August 1961 durch sowjetische Truppen abgeriegelt und von West-Berlin getrennt (Baubeginn der "Berliner Mauer")
13. WBZ (Besatzungszonen der Nordamerikaner, Briten und Franzosen in Westdeutschland – seit dem 23. Mai 1949 Bundesrepublik Deutschland)
14. BRD (Bundesrepublik Deutschland)
15. Westeuropa
16. Amerika
17. Asien

10.07.1952

BRD: Herbert Wehner (SPD-Abgeordneter) spricht im Bundestag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (x156/102-105): >>... Die vom Herrn Bundeskanzler geführte Politik der sog. Integration ist nicht identisch mit der von der Sozialdemokratischen Partei geforderten Politik der Zusammenarbeit der Nationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

Wenn es richtig ist, daß alle Parteien die Wiedervereinigung als Ziel der deutschen Politik wollen, so muß es auch möglich sein, über die Wege zur Erreichung dieses Zieles ernsthaft zu diskutieren. ...

Denn diejenigen Kräfte des Auslandes, die es vorziehen, ein geteiltes Deutschland zu haben, haben leichteres Spiel, wenn die deutschen Parteien in der fundamentalen Frage der deutschen Politik fundamentale Gegensätze auszutragen haben. ...

Es drängt sich einfach die Frage auf: Was wäre, wenn der Herr Bundeskanzler den Bemühungen um die Wiederherstellung der deutschen Einheit mindestens soviel Kraft und Zeit geopfert hätte wie seinen Bemühungen um die sog. Integration? ...

Die deutsche Politik läuft Gefahr, daß die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands an so viele weltpolitische Voraussetzungen geknüpft wird, so vielen weltpolitischen Fragen untergeordnet und zum Gegenstand nationalegoistischer Erwägungen fremder Mächte gemacht wird, daß eine Regelung mit friedlichen Mitteln aus dem Bereich des Möglichen herausrücken könnte.

... Die westlichen Vertragspartner erlangen durch die Verträge in Wirklichkeit ein ausgesprochenes Vetorecht gegen die Wiedervereinigung Deutschlands.

(Zuruf von der SPD: "Sehr richtig!")

Der Bundeskanzler hat keinerlei Sicherheit dagegen, daß z.B. die französische Politik die Verträge dem französisch-russischen Pakt von 1944 unterordnet. Schon jetzt machen sich doch Tendenzen bemerkbar, mit Sowjetrußland auf der Grundlage der Teilung Deutschlands zu paktieren.

Bei den Verhandlungen im Senat der Vereinigten Staaten wurde übrigens ausdrücklich darauf hingewiesen, und zwar vom amerikanischen Außenminister, daß in der Frage der Wiedervereinigung "Frankreichs traditionelle Furcht" durch die Verträge verkleinert worden sei.

Es wird sich bald herausstellen, daß von allen vertragsschließenden Partnern nur die Bundesrepublik wirklich gebunden ist. ...

Aufrichtiger wäre es - ich sage das freimütig -, wenn die Befürworter der Verträge sagten: Jawohl, wir geben zu, für eine geraume Zeit müssen wir die Wiedervereinigung zurückstellen, aber wir haben dafür die und die Begründung. Denn das ist ja der Tatbestand, den Sie mit Kopfschütteln oder mit Ihren Wünschen nicht aus der Welt schaffen können!

Die Bundesrepublik unterwirft sich damit in dieser ihrer Lebensfrage einer Strategie, auf deren Ausgestaltung sie ohne Einfluß ist, die aber für die deutschen Lebensinteressen entscheidend ist. ...

Aus Besatzungsfesseln werden Bündnisfesseln, und es ist mehr als fraglich, wie diese Bündnisfesseln, die unter dem Übergewicht der Besatzungsmächte geschmiedet worden sind, bei unseren Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und mit friedlichen Mitteln fördern statt hemmen sollen. ...

Nach der mehr oder weniger offen ausgesprochenen Ansicht westlicher Vertragspartner und ihrer Publikumsorgane und nach ihren Interessen ist unter Umständen das Fortbestehen der Teilung Deutschlands das "kleinere Übel". ...

... Wiedervereinigung bedeutet die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen in den 4 Zonen und Berlin ohne Zonenunterschiede. ...

Die Bundesregierung wird ersucht, den Besatzungsmächten förmlich mitzuteilen, Bundestag und Bundesregierung erwarten, daß die Regierungen der 4 Besatzungsmächte so bald wie

möglich in Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen eintreten. ...<<

12.07.1952

DDR: Auf der 2. Pressekonferenz der SED berichtet man über die Errichtung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und verkündet den "Aufbau des Sozialismus".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in der SBZ (x009/337-338): >>Eine in Deutschland neuartige Erscheinungsform gemeinschaftlicher Landbewirtschaftung sowjetischer Prägung, entstanden durch den Zusammenschluß bis dahin individuell wirtschaftender Bauern, Landarbeiter und auch sonstiger Berufszugehöriger zu einem kollektiven landwirtschaftlichen Betrieb zwecks gemeinsamer Bewirtschaftung und Nutzung der eingebrachten und der öffentlich bereitgestellten Bodenflächen und Produktionsmittel ("sozialistischer Großbetrieb").

Die LPG sind keine Genossenschaften in unserem Sinne des Wortes. Es handelt sich nicht um freiwillige genossenschaftliche Zusammenschlüsse, die dazu dienen, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder, die einen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb besitzen, zu fördern, sondern um Kooperationsformen der Landbewirtschaftung, die nach "sozialistischen Grundsätzen organisiert und geleitet werden".

LPG sind Zwangsgemeinschaften kommunistischer Art im Dienste des kollektiven Erwerbs, deren Verwaltung und Wirtschaftsgeschehen durch Gesetz und Musterstatuten zentral reglementiert und kontrolliert werden, so daß das Mitspracherecht der Mitglieder ihre Eigenverantwortung und Privatinitiative entscheidend unterbunden ist. ...

Bei der Eigentumsregelung wird zwischen "Eigentum der Genossenschaftsbauern" und "genossenschaftlichem Eigentum" unterschieden. Das Eigentum des Mitgliedes an Grund und Boden bleibt zwar formal erhalten, verliert jedoch seine Funktion, weil es unentgeltlich "zur gemeinsamen Nutzung eingebracht" und dem Eigentümer die Verfügungsgewalt darüber entzogen wird. Er wie sein Erbe dürfen den Grund und Boden "nur an den Staat, die LPG oder deren Mitglieder, die wenig oder gar kein Land besitzen", veräußern.

Hinzu kommt, daß jedes Mitglied beim Eintritt in die LPG III dieser auch sämtliches Inventar und alle Wirtschaftsgebäude zur allgemeinen Nutzung unentgeltlich übergeben muß, soweit sie nicht zur Führung der persönlichen Hauswirtschaft benötigt werden. ...

Die LPG wird durch den Vorstand, den Vorsitzenden und die Mitgliederversammlung geleitet. ... Die Überwachung und Kontrolle der Arbeitsleistungen und der wirtschaftlichen Entwicklung obliegt dem Buchhalter, der den Vorsitzenden bzw. die Revisionskommission darüber regelmäßig unterrichtet. Dies erfordert einen umfangreichen Verwaltungsapparat, dessen Kosten die LPG belasten, ganz abgesehen davon, daß die darin beschäftigten Menschen der Güterproduktion entzogen werden. ...<<

23.07.1952

DDR: Um die sog. "Demokratisierung der Verwaltung" durchzusetzen, läßt das SED-Regime die bisherigen Länder in 14 Bezirke zerschlagen.

28.07.1952

BRD: Dr. Kather erklärt während seiner Rede zum "Tag der Heimat" (x155/37): >>Der Tag von Potsdam, der sich zum siebenten Male jährt, ist ein Tag des Unheils für die vertriebenen Deutschen, für alle anderen Deutschen und darüber hinaus für Deutschland und die Welt. ...

Der Osten hat den Weg der Vertriebenen in die Heimat schon an der Zonengrenze erst in jüngster Zeit erneut verbarrikadiert und mit Stacheldrahtverhauen versperrt. Das Schicksal der Vertriebenen bleibt somit weiter ungewiß. Deshalb erwarten sie von der Bundesrepublik und von der Welt Verständnis für ihre Lage und Hilfe und Unterstützung bei der Schaffung neuer Lebensgrundlagen in der Gastheimat im Westen.<<

07.08.1952

DDR: Der Ministerrat beschließt die Bildung der "Gesellschaft für Sport und Technik" und des "staatlichen Komitees für Filmwesen".

14.08.1952

BRD: Um die großen wirtschaftlichen Probleme der Vertriebenen zu lösen, wird der sog. Lastenausgleich erlassen.

Das Lastenausgleichsgesetz wird durch eine feierliche Erklärung eingeleitet, in der man folgende Vorbehalte festlegt (x088/22): >>In Anerkennung des Anspruchs der durch den Krieg und seine Folgen besonders betroffenen Bevölkerungsteile auf einen die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit und die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigenden Ausgleich von Lasten und auf die zur Eingliederung der Geschädigten notwendige Hilfe sowie unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet und unter dem weiteren ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen für Schäden im Sinne des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes weder die Vermögensrechte des Geschädigten berühren noch einen Verzicht auf die Wiederherstellung der unbeschränkten Vermögensrechte oder auf Ersatzleistung enthalten, hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates das nachstehende Gesetz beschlossen ...<<

Das Lastenausgleichsgesetz vom 14. August 1952, daß das Soforthilfegesetz vom 8. August 1949 ablöst, belastet das Sachvermögen der Westdeutschen mit langfristigen Ausgleichsabgaben (50 % des Besitzwertes nach der Währungsreform von 1948), die aus den laufenden Einkünften in einen Fonds zur Entschädigung der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen eingezahlt werden. 25 % der erhöhten Vermögensteuer dienen ebenfalls zur Finanzierung des Ausgleichsfonds.

Für den Erfolg des Wiederaufbaus der Bundesrepublik Deutschland ist es dringend erforderlich, das Problem der entwurzelten Bevölkerungsteile zu lösen. Man muß diesen Menschen eine neue Lebensgrundlage verschaffen, um eine Radikalisierung der Heimatvertriebenen zu verhindern. Wenn man das sog. "Palästinenserproblem" vermeiden will, ist vor allem die Ghettobildung, Lagermentalität und das Armutsleben ohne Zukunft zu beenden. Alle Vertriebenen sollen auf Dauer wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich eingegliedert werden.

19.08.1952

DDR: Das ZK der SED gibt der Jugendorganisation "Junge Pioniere" am 19. August 1952 den Namen: Pionierorganisation "Ernst Thälmann" und erteilt ihr die Weisung, "ein treuer Helfer der Partei der Arbeiterklasse" zu sein.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Jugendorganisation Junge Pioniere (x009/203,328): >>Zu jeder größeren Schule gehört ein hauptamtlicher Pionierleiter. Unter den Bezirks- und Kreisverbänden stehen die Freundschaften (für ganze Schulen), Gruppen (für Schulklassen) und Zirkel.<<

>>Der Pionierleiter ist - gebunden an das allgemeine Erziehungsziel der Schule und der FDJ - verantwortlich für die "Pionierarbeit" in der Grundschule. Er ist gleichberechtigtes Mitglied des Pädagogischen Rates, ist verpflichtet, zu hospitieren (in Schulen am Unterricht teilzunehmen), "um Einblick in den Leistungsstand der Schüler zu erhalten" (womit er die Möglichkeit erhält, die Arbeit des Lehrers zu kontrollieren).

Die Pionierleiter (Mindestalter 17 Jahre) sind zunächst in Kurzlehrgängen ausgebildet worden. Jetzt ist eine 3jährige Ausbildung an Instituten für Lehrerbildung vorgeschrieben. Die Pionierleiter sollen nach einigen Dienstjahren durch Zusatzprüfungen zu Lehrern befördert werden.<<

23.08.1952

Jugoslawien: Ausreiseprobleme von Volksdeutschen – Erlebnisbericht des Pfarrers Kornelius W. (x006/616): >>Am 23. August 1952 überschritt ich mit meiner Familie die deutsche Grenze.

Die Aberkennung und Zuerkennung der Staatsbürgerschaft war auch eine Sache für sich! In ihren "AVNOJ-Gesetzen" hatten sie doch allen Bürgern deutscher Volkszugehörigkeit die Staatsbürgerschaft entzogen. Und wie oft mußten wir es während unserer Lagerzeit anhören, daß wir es ein für allemal verscherzt hätten, jugoslawische Staatsbürger zu sein. (Lagerleiter) Dodig hatte immer wieder betont: "Für Euch ist hier kein Platz mehr!"

Und dann nötigten sie uns dennoch wieder ihre Staatsbürgerschaft auf, ja sie bedrohten uns: "Wer nicht jugoslawischer Staatsbürger wird, muß zurück ins Lager!" Mich ließ man erst gar nicht ohne die Unterschrift für das Gesuch nach Staatsbürgerschaft aus dem Lager heraus. Hernach kassierten sie von den Schwaben hohe Geldbeträge, wenn sie um die Entlassung aus der Staatsangehörigkeit nachsuchten. Zuerst zahlte man für die Entlassung aus dem Staatsverband 3.000 Dinar und später 12.000 Dinar und mehr pro Person. Viele mußten ihre letzte Habe verschleudern, um sich loskaufen zu können. –

Mein Glück war meine Schwester, Elise R., aus Amerika, die mich tatkräftig unterstützte. Ohne ihre Mithilfe wäre ich dem "Tito-Paradies" wohl nie und nimmer entronnen.<<

28.08.1952

DDR: Durch Verordnung vom 28. August 1952 wird die Gerichtsverfassung der sogenannten "Verwaltungsreform" angeglichen und zugleich das Rechtsmittel der Revision beseitigt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Verordnung (x009/151): >> ... Die Gerichte sind Organe der einheitlichen volksdemokratischen Staatsmacht (§ 1 GVG). "Die Gerichte tragen durch ihre Tätigkeit dazu bei, daß in ihrem Bereich die staatlichen Aufgaben erfolgreich gelöst, insbesondere die Volkswirtschaftspläne erfüllt werden" (§ 2 Abs. 2 GVG).

Die Rechtsprechung wird ausgeübt durch Kreisgerichte, Bezirksgerichte und das Oberste Gericht und soll "dem Sieg des Sozialismus, der Einheit Deutschlands und dem Frieden" dienen (§ 2 Abs. 1, Satz 1, GVG). Die Urteile ergehen "im Namen des Volkes". Die Richter sollen angeblich "in ihrer Rechtsprechung unabhängig und nur der Verfassung und dem Gesetz unterworfen" sein (§ 7 GVG und Art. 127 der Verfassung); tatsächlich ist jedoch weder die persönliche noch die sachliche Unabhängigkeit der Richter gewährleistet. ...<<

31.08.1952

Jugoslawien: Ausreise eines Volksdeutschen – Erlebnisbericht des Pfarrers Franz W. (x006/621): >>Im Jahre 1952 durfte ich Jugoslawien legal verlassen.

Ich bekam eine einmalige Ausreisegenehmigung und wurde vom Belgrader Erzbischof Ujic beurlaubt. Ich fuhr damals nach Belgrad zum Erzbischof und sagte ihm: "Exzellenz, ich möchte gern in eine andere Diözese ..." Der Erzbischof antwortete mir, daß er mich nicht entlassen, sondern nur beurlauben könne.

Ich suchte danach einen Rechtsanwalt auf und erklärte dem Anwalt mein Anliegen: "Ich möchte nach Deutschland auswandern, aber ich fürchte mich vor der jugoslawischen Geheimpolizei." ... Der Rechtsanwalt antwortete daraufhin: "Keine Angst, sie haben kein Recht, Sie zurückzuhalten. Natürlich können sie es schon tun, aber nach dem Gesetz haben Sie das Recht, auszuwandern. Nur müssen Sie alle Dokumente besorgen." Man mußte sich zunächst nämlich staatenlos erklären lassen, denn nur als Staatenloser durfte man auswandern.<<

01.09.1952

BRD: Das Lastenausgleichsgesetz (Sonderleistungen für Kriegsbeschädigte, Heimatvertriebene und Flüchtlinge) tritt in Kraft.

10.09.1952

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference unterzeichnen ein Wiedergutmachungsabkommen.

20.09.1952

DDR: Otto Nuschke (CDU-Abgeordneter der Volkskammer) erläutert auf einem Presseempfang in Bonn die Stellung des Staatssicherheitsdienstes (x009/421): >>Der SSD unterliegt keiner Kontrolle durch die Volkskammer, er ist eine Behörde eigener Verantwortung. Er ist lediglich der Form nach an die Sozialistische Gesetzlichkeit gebunden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Staatssicherheitsdienst - SSD bzw. STASI - (x009/420-421): >>Der SSD hat sämtliche Lebensbereiche der SBZ gegen alle nichtsowjetischen Regungen und antikommunistischen Gedanken geheimpolizeilich zu "sichern". Daneben betreibt er Spionage, Sabotage, Diversion (Ablenkung) und Zersetzung in West-Berlin, in der Bundesrepublik und zum Teil auch im westlichen Ausland. Die "offensive" Tätigkeit des SSD obliegt der "Hauptverwaltung Aufklärung" (HVA) im MfS, die sich auf teils legale, teils illegale "Residenturen" (Spionageköpfe) stützt.

Diese "Residenturen" arbeiten konspirativ (d.h. streng verdeckt) 1. in den gesamtdeutschen Abteilungen aller Parteien und Massenorganisationen und Einrichtungen, die durch Kontakte auf dem Wege der Infiltration in die Bundesrepublik hinein wirken; 2. in der Wirtschaft und der technisch-militärischen Forschung außerhalb der SBZ. ...<<

23.09.1952

Jugoslawien: Volksdeutsche im Banat – Erlebnisbericht des Josef B. (x006/604): >>Am 23. September 1952 wurde ich nach all den schweren Schicksalsschlägen meiner Kindheit zur Jugoslawischen Volksarmee eingezogen. ...

Wir kamen in den Süden Makedoniens ins Gebirge. In den Nächten war es dort sehr kalt und am Tage war es sehr heiß. Man brachte uns in Holzbaracken unter. Am ersten Tag wurden uns die Haare am Kopf und am Geschlechtsteil rasiert. Das Essen war sehr schlecht. Wir hungernten in unserem Lager wie in den Jahren 1945-1948. ...

Nach 2 Monaten wurde ich in die Nähe von Skoplje versetzt. Dort behandelte man uns wieder normal und anständig. Die Zeit des Hungers und der Schikanen war vorbei. Während meiner Armeezeit schrieb ich mehrmals an verschiedene Ministerien, daß ich schon lange kein jugoslawischer Staatsbürger mehr sei und die Löschung meiner Staatsbürgerschaft in Belgrad liegen müßte. Es war aber alles umsonst. Meine Beschwerden blieben unbeantwortet. ...<<

24.09.1952

Rumänien: In der am 24. September 1952 verabschiedeten neuen Verfassung der Volksrepublik Rumänien gewährt man den nationalen Minderheiten angeblich wieder alle demokratischen Rechte (x007/180E-182): >>Einleitung ...

Die nationalen Minderheiten der Rumänischen Volksrepublik genießen volle Gleichberechtigung mit dem rumänischen Volk. In der Rumänischen Volksrepublik wird der ungarischen Bevölkerung in den Szekler-Bezirken, in denen sie in geschlossener Form ansässig ist, territoriale Verwaltungsautonomie gewährleistet.

Kapitel II.

Der Staatsaufbau.

Artikel 17. Der rumänische volksdemokratische, einheitliche souveräne und unabhängige Staat

a) schützt die Unabhängigkeit und die Souveränität des rumänischen Volkes, die Errungenschaften der Werktätigen in Stadt und Land, die Rechte, die Freiheiten und die Macht der Werktätigen gegen Feinde des werktätigen Volkes; ...

b) gewährleistet die Festigung und die Entfaltung der Produktivkräfte des Landes durch die sozialistische Industrialisierung, durch die Beseitigung der wirtschaftlichen, technischen und

kulturellen Rückständigkeit, durch die allmähliche sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft auf der Grundlage der freiwilligen Teilnahme der werktätigen Bauern; ...

j) gewährleistet die Entfaltung der Kultur des rumänischen Volkes sowie der Kultur der nationalen Minderheiten, die dem Inhalt nach sozialistisch, der Form nach national sind. ...

Kapitel VII.

Die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger.

... Die Bürger der Rumänischen Volksrepublik haben das Recht auf Bildung. ... Das gesamte Schulwesen ist staatlich. ...

Artikel 81. Den werktätigen Bürgern der Rumänischen Volksrepublik ist ohne Unterschied von Nationalität oder Rasse volle Gleichberechtigung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens gewährleistet.

Jede direkte oder indirekte Beschränkung der Rechte der werktätigen Bürger der Rumänischen Volksrepublik, die Festlegung direkter oder indirekter Bevorzugung auf Grund der Zugehörigkeit zu einer Rasse oder Nationalität und jede Äußerung von Chauvinismus, Rassen- oder Nationalitätenhaß oder chauvinistisch-nationalistischer Propaganda werden gesetzlich geahndet.

Artikel 82. In der Rumänischen Volksrepublik werden den nationalen Minderheiten die freie Benutzung der Muttersprache, der gesamte Schulunterricht in der Muttersprache, die Herausgabe von Büchern und Zeitungen in der Muttersprache sowie eigene Theater gewährleistet. ...

Artikel 84. ... Die religiösen Kulthandlungen können frei vorbereitet und ausgeübt werden. Die Freiheit der Ausübung religiöser Kulthandlungen wird allen Bürgern der Rumänischen Volksrepublik gewährleistet.

Die Schule ist von der Kirche getrennt. Keine Konfession, Kongregation oder religiöse Gemeinschaft darf allgemeinbildende Lehranstalten eröffnen oder unterhalten. Eine Ausnahme gilt nur für Sonderschulen zur Ausbildung der Geistlichen.

Die Art und Weise der Vorbereitung und der Ausübung der religiösen Kulthandlungen wird durch Gesetz geregelt. ...<<

02.10.1952

DDR: Ein Volkskammergesetz hebt am 2. Oktober 1952 die im November 1949 festgelegten Einschränkungen der staatsbürgerlichen Rechte für ehemalige Offiziere und Mitglieder der NSDAP auf. Diese Regelung gilt nicht für Personen, die "wegen Kriegsverbrechen" verurteilt wurden.

Am 2. Oktober 1952 wird das Gerichtsverfassungsgesetz erlassen und eine neue Strafprozeßordnung tritt in Kraft.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Strafverfahren und Strafvollstreckung in der SBZ (x009/429-430): >>Das Strafverfahren ist durch die sowjetzonale Strafprozeßordnung vom 2.10.1952 neu geregelt worden.

Neue Begriffe und Institutionen wurden eingeführt, z.B. die Gerichtskritik. In die Bestimmungen über die Zuständigkeit der Gerichte wurde wieder die nationalsozialistische Vorschrift aufgenommen, daß zur Verhandlung und Entscheidung in Strafsachen auch das Gericht zuständig ist, in dessen Bereich der Beschuldigte auf Anordnung eines staatlichen Organs untergebracht ist (§ 14 Abs. 3). Hierdurch wird es dem SSD (Staatssicherheitsdienst) möglich, jeden Verhafteten an einem beliebigen Ort aburteilen zu lassen. Ehegatten und nächste Angehörige der Angeklagten dürfen die Aussage nicht mehr verweigern, wenn sie eine Pflicht zur Anzeige hatten, z.B. bei Staatsverbrechen. Dasselbe gilt für Geistliche, Rechtsanwälte und Ärzte. ...

Das in der Verfassung und im § 74 StPO garantierte Recht auf Verteidigung wird dadurch illusorisch gemacht, da der Verteidiger in die Gerichtsakten erst nach Zustellung der Anklageschrift Einsicht nehmen und auch dann erst mit dem in Haft befindlichen Beschuldigten spre-

chen darf. Eine Haftbeschwerde ist nur einmal und zwar binnen einer Woche nach Erlass des Haftbefehls möglich. ...

Die Beweisaufnahme soll an sich unmittelbar sein. Es dürfen aber Protokolle der Volkspolizei, des SSD, der Staatsanwaltschaft oder eines Richters über frühere Vernehmungen eines Zeugen oder Mitbeschuldigten schon dann als vollgültige Beweismittel in der Hauptverhandlung verlesen werden, "wenn das Erscheinen des Zeugen in der Hauptverhandlung wegen des damit verbundenen Zeitverlustes unzweckmäßig ist" (§ 207).

"Erklärungen des Angeklagten insbesondere ein Geständnis, die in einem Protokoll über eine frühere Vernehmung enthalten sind, können zum Zwecke des Beweises verlesen werden, soweit es erforderlich ist" (§ 209). Auf diese Weise erhalten vom SSD erpreßte Geständnisprotokolle volle Beweiskraft.

... Der Angeklagte hat gegen ein Urteil nur noch ein Rechtsmittel, die Berufung. Das Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft heißt Protest. ... Ein Wiederaufnahmeverfahren, auch zugunsten des Angeklagten, kann nur durch die Staatsanwaltschaft eingeleitet werden. ...

... Nachdem der Strafvollzug schon seit langem auf die Volkspolizei übergegangen war, wurde 1952 auch die Strafvollstreckung der Volkspolizei übertragen. Die Staatsanwaltschaft ist nicht mehr Vollstreckungsbehörde. Sie überwacht lediglich die Strafvollstreckung. Tatsächlich wird die Staatsanwaltschaft in dieser "Überwachungsfunktion" überhaupt nicht tätig, sondern überläßt alle Maßnahmen und Entscheidungen der Volkspolizei. ...

Organe der Strafvollstreckung sind die oberste Vollstreckungsbehörde (Ministerium des Innern und Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei) und die Vollstreckungsbehörden in den Bezirken. Die oberste Vollstreckungsbehörde vollstreckt die erstinstanzlichen Urteile des Obersten Gerichts und leitet den Vollzug von Todesstrafen ein. ...

Der Verurteilte ist in die seinem Wohnsitz nächstgelegene Strafvollzugsanstalt zum Strafantritt zu laden, wenn er sich in Freiheit befindet. Ohne vorherige Ladung kann ein Einlieferungsersuchen gestellt werden, wenn Fluchtverdacht besteht. Die U-Haft wird vom Tage der vorläufigen Festnahme an berechnet. ...<<

15.10.1952

Jugoslawien: Ausreiseprobleme der Volksdeutschen im Banat – Erlebnisbericht der Korrespondentin Wilhelmine S. (x006/620): >>Für mich und meine Mutter verzögerte sich die Entlassung, da man mir gegenüber scheinbar mißtrauisch war, weil ich anscheinend zuviel von ihrem Ausbeutungssystem durchschaut hatte.

Unserem Rechtsanwalt gelang es jedoch in Belgrad, unsere Entlassung zu erwirken. Nach Bezahlung der erheblichen Kosten des Advokaten und der Bahnfahrkarten konnten wir Jugoslawien Mitte Oktober endlich verlassen. Der gesamte Zug war mit Deutschen überfüllt. Man mußte die Bahnangestellten bestechen, um eine Sitzplatz zu ergattern. Das Reisegepäck wurde vor der Abfahrt beim Zollamt durchsucht und dann in den Frachtwaggons verstaut.

Einige Serben und auch Ungarn, die nicht in Lagern waren und nicht auswandern durften, beneideten uns Auswanderer, weil wir in die Freiheit fahren konnten.<<

DDR: Die SED-Regierung führt am 15. Oktober 1952 staatliche Notariate ein.

31.10.1952

DDR: Die "Bereitschaftspolizei" wird in "Kasernierte Volkspolizei" (KVP) umbenannt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Kasernierte Volkspolizei (x009/210-211): >>Von Oktober 1952 bis Januar 1956 Tarnbezeichnung für die Armee der SBZ. ... Die Kasernierte Volkspolizei (KVP) wurde im Frühjahr 1948 auf Befehl der SMAD als "Bereitschaftspolizei" aufgestellt und seit Januar 1952 nach dem Muster der Sowjetarmee ausgebildet und bewaffnet. Seit Oktober 1952 hatte die KVP, der Sowjetarmee ähnlich, olivgrüne Felduniformen und militärische Rangbezeichnungen.

... Die KVP wurde von Sowjetniks (sowjetische Offiziere, die zur Überwachung der SBZ-Armee abkommandiert wurden) gelenkt, durch Offiziere des Staatssicherheitsdienstes überwacht und erhielt Politschulung im Sinne der SED. Amtlich bezeichnete man sie seit 1952 nicht als Armee, aber zuweilen als Nationale Streitkräfte. ...<<

27.11.1952

DDR: Wegen der angespannten Versorgungslage wird der Verkauf von Lebensmitteln und Industrieerzeugnissen an West-Berliner verboten (x009/513).

25.12.1952

BRD: Der Nordwestdeutsche Rundfunk überträgt erstmalig das 1. Deutsche Fernsehprogramm.

31.12.1952

Österreich: Nach Angaben des österreichischen Innenministeriums sind in der Zeit vom 1. Juli 1947 bis 31. Dezember 1952 insgesamt 18.889 nicht eingebürgerte Jugoslawien-Deutsche in folgende Länder ausgewandert (x006/128E): USA (10.421), Frankreich (3.833), Kanada (1.384), Brasilien (2.256), Bundesrepublik Deutschland (638), Großbritannien (260), Argentinien (60), Australien (22) und sonstige Länder (15).

DDR: Im Jahre 1952 fliehen 182.393 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

1953

>>Dummheit schützt manchen Menschen davor, verrückt zu werden.<< (Oliver W. Holmes)

04.01.1953

DDR: Das ZK der SED kündigt weitere Überprüfungen von Parteimitgliedern an, um die SED zu "säubern".

13.01.1953

UdSSR: Stalin warnt am 13. Januar 1953 vor einem jüdischen "Ärztekomplott". Stalins Antisemitismus, der immer latent vorhanden war, wurde spätestens ab 1951 zur Manie. Gegen Ende seines Lebens litt Stalin vermutlich unter permanenten Wahnvorstellungen. In dieser von Angst, Mißtrauen und antisemitischer Hetze geprägten Atmosphäre plante Stalin im Jahre 1953 neue "Säuberungswellen" in der UdSSR. Nachdem genügend "eigene Intelligenz" herangereift war, beabsichtigte Stalin, die sowjetisch-jüdische Führungsschicht vollständig zu beseitigen.

"Die Welt am Sonntag" berichtete z.B. am 6.07.1986: >>... Stalins Geheimdienst ließ Molotows Frau Paulina 1952 ins Arbeitslager deportieren, weil sie Jüdin war. Auch Wjatscheslaw Molotow (1890-1986, seit 1906 enger Mitarbeiter Stalins, ab 1939 sowjetischer Außenminister) stand schon auf der Deportationsliste. ...<<

Die geplanten Säuberungen wurden jedoch durch Stalins Tod im März 1953 verhindert (x025/109).

22.01.1953

DDR: Die Ablieferungspflicht der mittleren und größeren Bauern wird erhöht.

31.01.1953

DDR: Das Staatssicherheitsministerium (MfS) übernimmt im Januar 1953 das Kommando über die Transportpolizei.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Militärpolitik in der SBZ (x009/289): >>Um die Vergrößerung der Armee zu erreichen, mußten Regierung und SED immer stärker zu Zwangseinziehungen greifen, die z.T. als Parteauftrag oder Verbandsauftrag (der FDJ) getarnt wurden. ...

Neben die als KVP auftretende Armee, deren See- und Luftstreitkräfte ausgebaut wurden, traten seit Mitte 1952 zwei militärähnliche Milizen:

1. die der vormilitärischen Ausbildung dienende Gesellschaft für Sport und Technik (GST);
2. die Kampfgruppen der SED. ...

Von militärischer Bedeutung waren ferner die 3 Polizeitruppen: 1. die Grenzpolizei, die seit Mai 1952 nicht mehr dem Innen-, sondern dem Staatssicherheitsministerium (MfS) unterstand; 2. die Transportpolizei, seit Januar 1953 ebenfalls dem MfS untergeordnet; die Wachverbände des MfS.<<

18.02.1953

Berlin: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (8/1953) berichtet am 18. Februar 1953 über das Schicksal der Sowjetzonen-Flüchtlinge: >>**Reine Torschlußpanik**

Fluchtabwehr-Kommissar Eisler fährt jetzt von Großstadt zu Großstadt, um der unzufriedenen Bevölkerung die Fluchtgedanken auszureden: ... "Es wird allen Flüchtlingen gehen wie ihren Vorgängern, den russischen Kulaken, Spionen und Schiebern. Sie werden in den Bordellen, Zuchthäusern und Fremdenlegionen Westeuropas enden. Ruhelos werden sie von Elendsquartier zu Elendsquartier immer weiter westwärts wandern."

Die SED-Regierung hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: "Kehrt zurück!

Alle, die unüberlegt gehandelt haben, können und sollen zurückkehren. Unsere Behörden werden bei der Ausstellung neuer Zuzugsgenehmigungen großzügig sein."

"Wir sind doch nicht verrückt", tippte sich (der ostpreußische) Bauer Eduard Modekat auf die breite Stirn, als er im Notaufnahmelaager am Westberliner Salzufer von diesem angeblichen Generalpardon erfuhr. "Wer einmal auf der Flucht ist, kann nicht wieder umkehren."

... Notaufnahmelaager am Westberliner Salzufer. Hier kampieren 1.500 Menschen in einer ehemaligen Fabrik.

Es gibt 77 solcher Aufnahmelaager auf der Insel Westberlin; manche beherbergen soviel Menschen, wie ein Marktflecken in Vorpommern Einwohner hat. Es kribbelt in den mehrstöckigen Fabrikgebäuden wie in den Waben eines Bienenkorbes. Wer als politischer Flüchtling anerkannt wird, das sind etwa 70 % der Geflüchteten, darf hoffen, bald nach Westdeutschland ausgeflogen zu werden.

Bauer Modekat will viel weiter fliegen: er will in die Weizengegend ... nach Kanada. ... So weit spannt sich im Extrem der Bogen der großen Ost-West-Wanderung, die seit 1945 kein Ende findet.

2 Millionen Menschen sind binnen 7 Jahren aus der Sowjetzone nach Westdeutschland übergelaufen. ...

"Die Sowjetzonen-Machthaber schoben systematisch die unsicheren Kantonisten und sog. Klassenfeinde aus dem Bürgertum, die sie nicht alle einsperren konnten, ab. Es kam aber auch viel menschlicher Schrott und ein großer Teil sozialen Gepäcks - Alte, Kranke, Krüppel." ... Ministerialrat Senteck schüttelte oft den Kopf: "Wir sind doch keine Pensionskasse."

Die Fluchtwelle lief synchron mit den Maßnahmen des SED-Politbüros zur Umschichtung der Gesellschaftspyramide, entsprechende dem ökonomischen Strukturwandel (Zerschlagung des Großgrundbesitzes, Verstaatlichung der Großbetriebe und des Handels) nach Jahresplänen. ...

Mit den Bauern flüchten viele Landarbeiter, selbständige Handwerker, flüchten Industriearbeiter und flüchten in zunehmendem Maße seit Wochen die "Garanten der Zukunft", die so intensiv geschulten und dennoch ablehnenden Jugendlichen. ...

"Es ist reine Torschlußpanik", deutet der Leiter des Notaufnahmeverfahrens, Dr. Zimmer, die neue Welle. "Die Menschen fürchten, daß ihnen in kurzer Zeit auch der letzte Fluchtweg aus der DDR verriegelt wird, nachdem bereits im vergangenen Jahr längs der ganzen Zonengrenze von Travemünde bis Hof eine dichtbesetzte breite Sperrzone angelegt worden ist." ...

Wie aber will der überfüllte Westen mit seiner konjunkturellen und strukturellen Arbeitslosigkeit den permanenten Menschenstrom verkraften? Täglich spülen die Züge aus der Sowjetzone weitere 1.000 bis 1.500 Menschen vor die Tore Westberlins. ...

Senator Bach trommelte: "Berlin ertrinkt in einer infektiösen Flut", bis er die Ministerpräsidenten der westdeutschen Bundesländer soweit hatte, ... monatlich etwa 30.000 Flüchtlinge aufzunehmen. Damit glaubt Senator Bach, endlich auch die nicht anerkannten "ewigen Flüchtlinge" langsam loszuwerden. Sie vagabundieren z.T. schon jahrelang in Westberlin. "Zurück in die Sowjetzone will keiner, obwohl diese Menschen hier fast rechtlos sind (kein Arbeits- und Wohnrecht besitzen) und von einer sehr schmalen Sozialunterstützung leben. Ruhelos wandern sie durch die hellerleuchteten Geschäftsstraßen der Stadt und bleiben vor den lockenden Schaufenstern der Luxusläden stehen. Ist es ein Wunder, wenn sich der Neid in ihnen regt?"

Viele der Nichtanerkannten nächtigen in Ruinen und Wartesälen. Sie nehmen in der Stadt der 300.000 Arbeitslosen Schwarzarbeit zu jedem Tarif an, und aus mancher FDJ-Aktivistin oder sowjetzonalen Arbeitsmaid wurde sehr bald ein "Fräulein".

Wieviel "illegale Flüchtlinge" Westberlin beherbergt, weiß niemand ganz genau. ...

Auch Bundeskanzler Adenauer kam nach Westberlin, um das Flüchtlingselend nahebei zu besehen und den deutschen Brüdern und Schwestern im Osten das stereotype "Haltet aus!" zuzurufen. Er schreckte sie aber mit der Tatarennachricht, die Russen würden demnächst Mongolen und Chinesen in der DDR ansiedeln und die deutschen Menschen samt und sonders nach und nach verdrängen. ...

Den meisten Anklang bei den Sowjetzonen-Bauern fand Kanadas Botschafter Davis. Er bemüht sich, ihnen das Tor zu unerschlossenen Weiten seines Heimatlandes aufzustoßen. ...

Die Flüchtlinge haben inzwischen gemerkt, daß sehr stark sortiert wird. Familienväter mit mehr als einem Kind haben keine Chance. Wer angenommen wird - hauptsächlich junge Leute -, wird kostenlos verfrachtet, muß sich aber verpflichten, mindestens ein Jahr in der Landwirtschaft zu arbeiten. ...<<

25.02.1953

DDR: Interzonenreisende aus der SBZ müssen ihren Personalausweis abgeben. Sie erhalten vorübergehend einen Interzonenpaß.

27.02.1953

BRD: In einem deutsch-amerikanischen Abkommen verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland zur Rückzahlung der erhaltenen US-Wiederaufbauhilfe (Marshall-Plan). In den folgenden 30 Jahren sollen 1,0 Milliarden US-Dollar zurückgezahlt werden (x028/156).

Großbritannien: Im Londoner Abkommen über die Regelung der deutschen Auslandsschulden werden Schulden in Höhe von 13.730 Millionen DM festgesetzt.

28.02.1953

BRD: Eine deutsche Spruchkammer rehabilitiert den im Jahre 1946 hingerichteten Generaloberst Alfred Jodl als nicht schuldig der ihm zur Last gelegten Völkerrechtsbrüche, allerdings unter Ausklammerung des umstrittenen Anklagepunktes "Verbrechen gegen den Frieden" (x051/285).

Februar 1953

DDR: Das SED-Regime läßt im Februar 1953 an der Ostseeküste zahlreiche Hotel- und Fremdenheimbesitzer wegen "Wirtschaftsverbrechen" festnehmen ("Aktion Rose").

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Aktion Rose" (x009/19): >>Schlagartig im Februar 1953 durchgeführte Aktion an der Ostseeküste.

Innerhalb weniger Tage wurden wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen eine große Anzahl von Hotel- und Fremdenheimbesitzern nach vorangegangener Haussuchung - die meistens keine Ergebnisse brachte - verhaftet und in die Strafanstalt Bützow-Dreibergen verbracht. Hier wurden sie durch Sondergerichte in Schnellverfahren zu Zuchthausstrafen und Vermögenseinziehung verurteilt.

Während die Freiheitsstrafen in vielen Fällen nach einiger Zeit im Gnadenwege erlassen wur-

den, blieb die Vermögenseinziehung bestehen. Damit waren begehrte Objekte aus Privathand in Volkseigentum übergegangen.<<

05.03.1953

UdSSR: Josef W. Stalin (1879 in Georgien geboren, eigentlich Jossif Dschugaschwili, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR) stirbt in Moskau.

07.03.1953

DDR: "Die Neue Zeitung" berichtet über Stalins Tod (x043/523): >>... Wir drucken hier einen Auszug aus der amtlichen Verlautbarung des ZK der KPdSU ab: ...

Liebe Genossen und Freunde, das Zentralkomitee der Ministerrat und das Präsidium des Obersten Sowjet geben ... bekannt, daß am 5. März um 21.50 Uhr (Moskauer Zeit) der Vorsitzende des sowjetischen Ministerrates ... Josef W. Stalin nach schwerer Krankheit gestorben ist.

Das Herz des Genossen ... Josef W. Stalin hat zu schlagen aufgehört. Stalins Name ist unserer Partei, dem sowjetischen Volk, den Arbeitern der Welt für immer eine Ehre.

Der Tod des Genossen Stalin ... ist ein ungeheurer Verlust für die Partei, für die Arbeiter der Sowjetunion und für die ganze Welt. ...

Der unsterbliche Name Stalins wird für immer in den Herzen des sowjetischen Volkes und der fortschrittlichen Menschheit leben. ...<<

In der SED-Zeitung "Neues Deutschland" veröffentlicht Johannes R. Becher später ein "Stalin-Gedicht" (x043/523):

>>Dem Ewig-Lebenden ...

Seht!

Über Stalins Grab die Taube kreist, /

Denn Stalin: Freiheit - Stalin: Frieden heißt! /

und aller Ruhm der Welt wird Stalin heißen! /

Laßt uns den Ewig-Lebenden lobpreisen!<<

Milovan Djilas (serbischer Politiker und Schriftsteller; jugoslawischer KP-Generalsekretär sowie enger Berater Titos) schrieb später über Stalin (x073/57): >>Bei Stalin war jedes Verbrechen möglich, denn es gibt kein einziges, das er nicht begangen hätte. Mit welchem Maß wir ihn auch messen wollen, ihm wird jedenfalls - hoffen wir, für alle Zeiten - der Ruhm zu fallen, der größte Verbrecher der Geschichte zu sein.<<

Stalin war ein Diktator, der buchstäblich über Leichen ging. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen von angesehenen belgischen und französischen Historikern, die u.a. auch Zahlenmaterial des internationalen Roten Kreuzes auswerteten, forderte die sowjetische Terrorherrschaft von 1917-67 (ohne Kriegsverluste) ca. 49,0 Millionen Menschenleben (x025/113). Russische Historiker ermittelten in späteren Studien, daß dem Sowjetkommunismus sogar 52-66 Millionen Opfer angelastet werden müssen (x025/259).

11.03.1953

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (11/1953) veröffentlicht am 11. März 1953 einen Kommentar des Radiomoderators Walter von Cube (1906-1984, seit 1947 freier Kommentator des Radios München) vom 14. Februar 1953 über "Selbstmörderische Humanität):

>>... Sie wissen, daß im Laufe des Januars mehr als 30.000 Menschen aus der Ostzone geflüchtet sind, die Unregistrierten nicht gerechnet.

360.000 Flüchtlinge im Jahr – das bedeutet die Notwendigkeit, für mindestens 120.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Die Schaffung eines Arbeitsplatzes kostet, wie das Ministerium Blücher in Bonn mitteilt, etwa 10.000 Mark – Arbeitsplätze für 120.000 Arbeitsplätze kosten also 1,2 Milliarden. Für 360.000 Flüchtlinge Wohnungen zu bauen, eine Wohnung für durchschnittlich 4 Personen, also 90.000 Wohnungen zu je 15.000 Mark – auch diese Zahl stützt sich auf amtliches Material -, 90.000 Wohnungen zu bauen kostet 1,35 Milliarden. ...

Die direkte und indirekte Hilfe für Berlin beläuft sich auf rund 1,5 Milliarden, ohne daß damit etwa eine finanzielle und wirtschaftliche Sanierung der Stadt möglich wäre. –

Wir haben in der Bundesrepublik eine bleibende Anzahl von einer Million Arbeitslosen - sie bleibt, obgleich Jahr für Jahr die Anzahl der Beschäftigten zunimmt und obgleich sie längst höher ist, als sie jemals war. Sie kann nicht geringer werden, solange der Strom aus dem Osten fließt. Sie kann ebensowenig geringer werden wie die Reihe von Milliardenzahlen, die ich Ihnen eben genannt habe. ...

Eine solche Belastung hielte auf die Dauer kein Staat der Welt aus – kein Staat und kein verantwortliches Ministerium. Das schafft nur Jakob Kaiser. -

Amerika mit dreimal mehr Menschen und fünfzehnmal größeren Etat erlaubt in jedem Jahr 154.000 Menschen die Einwanderung - und diese 154.000 sind ausgesucht nach politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sie sind gesiebt und durchleuchtet, begutachtet und kontrolliert.

Wir aber, voll selbstmörderischer Humanität, nehmen mehr als doppelt so viele auf, obgleich nur 3 % von ihnen echte politische Flüchtlinge sind, die wirklich wegen Gefährdung von Freiheit und Leben fliehen.<<

20.03.1953

Jugoslawien: Rückkauf von enteigneten Häusern im Wege öffentlicher Versteigerung – Erlebnisbericht des Bauern D. H. (x006/627-628): >>Was den Häuserverkauf in Apatin betrifft, wurde dieser im Frühjahr 1953 begonnen.

Anfänglich beteiligten sich unsere Leute kaum an solchen Versteigerungen. Wer wollte schon das enteignete Haus eines anderen Deutschen kaufen! Zuerst wurden ältere, reparaturbedürftige Häuser sowie Gebäude verkauft, die in den äußeren Teilen des Ortes standen. Die Preise waren zu Beginn nicht sehr hoch. Für 80.000 bis 90.000 Dinar konnte man bereits ein Einfamilienhaus erstehen. Der Kaufpreis konnte innerhalb von 5 bis 8 Jahren in Raten gezahlt werden. Ausgemusterte Offiziere und Partisanen ... erhielten 30 Jahre Zeit, um das ersteigerte Haus zu bezahlen.

Der im Hause wohnende Mieter hatte ein Vorkaufsrecht. Er konnte, falls ein anderer das Haus ersteigerte, noch binnen 5 Tage nach der Versteigerung ein Nachgebot abgeben. Ihm wurde dann ohne nochmalige Versteigerung das Haus zugeteilt. Man wollte dadurch das Umsiedeln der Mieter verhindern. Nach zahlreichen Protesten wurde diese Begünstigung dahingehend geändert, daß nur der Mieter ein Nachgebot einreichen konnte, der sich auch an der Versteigerung beteiligt hatte. Da sich immer mehr Auswärtige und Kolonisten (Umsiedler aus anderen Teilen Jugoslawiens) an den Versteigerungen beteiligten, stiegen die Preise rapide in die Höhe und erreichten bald das 5fache der anfänglichen Preise.

Unsere Leute beteiligten sich auch allmählich an den Versteigerungen. Um nicht immer umziehen zu müssen, waren sie dazu gezwungen. - Es kam vor, daß manche Familien 2- bis 3mal wegen Versteigerung des Hauses umziehen mußten. - Der ursprüngliche Eigentümer des Hauses ... wurde über die Versteigerung seines Hauses nicht verständigt. Er hatte auch bei der Versteigerung keine Begünstigung, im Gegenteil. Wenn ein Jugoslawe ein Haus haben wollte, so bekam dieser auch das Haus.

In Apatin hat sich folgender Fall zugetragen: Eine Witwe, die in ihrem "eigenen Hause" als Mieterin wohnte - im Hause wohnte auch noch eine ungarische Familie - wollte ihr Haus zurückkaufen. Als die jugoslawische Kommission ins Haus kam - die Häuser wurden an Ort und Stelle verkauft - und die Witwe die vorgesehene Kautionszahlung zahlen wollte, erlitt sie vor Aufregung einen Herzkrampf. Als die Kautionszahlung daraufhin von der ungarischen Familie übergeben wurde, nahm die Kommission das Geld nicht an. Die ungarische Familie drängte auf die Kommission ein, sie solle doch warten, bis sich die Frau wieder erholt hätte. Man nahm aber keine Rücksicht.

Ein Beamter der Kommission sagte: "Laß die Schwäbin, sie soll krepieren!" Die Versteigerung wurde durchgeführt, und einer von ihren Leuten ersteigerte das Haus. - Das rechtzeitige Nachgebot der Witwe wurde trotz Vorkaufsrechts des Mieters nicht mehr angenommen.

In Apatin wurde die Versteigerung der Häuser durch Plakatierung bekanntgegeben. Die Bekanntmachungen wurden auch an den zum Verkauf bestimmten Häusern angebracht. Dadurch erhielten auch die Mieter des Hauses von der vorgesehenen Versteigerung Kenntnis.

In den letzten Jahren stiegen die Preise bis auf das 8- bis 10fache der anfänglichen Preise, so daß sich unsere Leute kaum noch an den Versteigerungen beteiligen konnten.<<

30.03.1953

Jugoslawien: Um die Agrarproduktion zu heben, die durch die Agrarreform, die Kollektivierung und durch den Widerstand der Bauern gegen den staatlichen Zwang stark zurückgegangen ist, wird am 30. März 1953 eine "Verordnung über die Eigentumsverhältnisse und die Reorganisation der landwirtschaftlichen Arbeitsgenossenschaften erlassen, wonach man jedem Mitglied eines Kollektivs die Möglichkeit des Austritts zusichert (x006/633).

14.04.1953

Jugoslawien: Ausreise von Volksdeutschen – Erlebnisbericht des Josef B. (x006/604-605):

>>Am 14. April 1953 wurde ich aus der Armee entlassen.

Als ich nach Hause kam, war bereits alles gepackt. Am nächsten Abend reisten wir schon ab und trafen am Abend des 16. April im Grenzdurchgangslager Piding ein. Unsere Freude war sehr groß, denn in den zurückliegenden 8 ½ Jahren von Oktober 1944 bis April 1953 hatten wir bittere Zeiten überstehen müssen.

Es ist sehr wichtig, daß unsere nachfolgende Generation über diese Zeit der Verschleppung, Internierung und der Zwangsarbeit informiert wird.<<

21.04.1953

DDR: Die lutherischen Bischöfe protestieren gegen den verschärften Kirchenkampf der SED.

24.04.1953

CSR: Die Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik beschließt am 24. April 1953 ein Gesetz über den Erwerb der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft (x004/314):

>>§ 1 (1) Die Personen deutscher Nationalität, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nach dem Dekret Slg. Nr. 33/1945 verloren haben und an dem Tage, an dem dieses Gesetz in Kraft tritt, ihren Wohnsitz im Gebiete der Tschechoslowakischen Republik haben, werden tschechoslowakische Staatsbürger, sofern sie die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nicht bereits früher erworben haben.

(2) Gemeinschaftlich mit dem Ehemann, gegebenenfalls gemeinschaftlich mit dem Vater oder der Mutter, werden die Ehefrau und die minderjährigen Kinder der im vorhergehenden Absatz angeführten Personen tschechoslowakische Staatsbürger, sofern sie das nicht bereits nach dem genannten Absatz geworden sind, falls sie ihren Wohnsitz im Gebiet der tschechoslowakischen Republik haben und nicht Angehörige eines anderen Staates sind. ...<<

Durch dieses Gesetz über die Wiederverleihung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft wird allen Personen deutscher Nationalität, die noch in der tschechoslowakischen Republik wohnen, automatisch die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit zuerkannt. Diese zwangsweise Repatriierung, gegen die den Betroffenen kein Einspruchsrecht zugestanden wird und alle gestellten Aussiedlungsanträge erledigt, wird u.a. mit der Gleichberechtigung und dem Zusammenwirken der Nationen im Aufbau des Sozialismus begründet (x004/133).

DDR: Die SED-Presse beschuldigt den evangelischen Jugendverband "Junge Gemeinde" am 24. April 1953, Spionagedienste für nordamerikanische Geheimagenten zu leisten (x009/203).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Junge Gemeinde" (x009/203): >>In der SBZ war nach Schaffung der SED-Regierung die Arbeit der evangelischen Jugendgruppen und Jugendverbände unmöglich geworden. Darum wurde ein Teil der

Aufgaben der selbständigen, übergeordneten Organisationen im kirchlichen Rahmen unter dem Namen Junge Gemeinde weitergeführt.

Unter dem Vorwand die Junge Gemeinde betreibe als "verlängerter Arm der amerikanischen Agenten- und Spionagezentralen staatsfeindliche Tätigkeit" ("Neues Deutschland" vom 24.4.1953) setzte zunächst eine heftige Hetze gegen die Junge Gemeinde ein. Besonders die Arbeit der Jungen Gemeinde unter der Studentenschaft wird scharf überwacht, doch wird davor gewarnt, ihre Mitglieder, die man als "gesellschaftlich zurückgeblieben" bezeichnet, zu diskriminieren.

Die Zusammenarbeit mit der Jungen Gemeinde gilt als "mit der Ehre eines Hochschullehrers nicht vereinbar". Die Arbeit der Jungen Gemeinde wird stark behindert.<<

01.05.1953

DDR: Die Bevölkerung wird nach Häusern und Häuserblocks zusammengefaßt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Haus- und Hofgemeinschaften in der SBZ (x009/177): >>Seit Mai 1953 erfolgte die Zusammenfassung der Bevölkerung nach Häusern und Häuserblocks im Rahmen der Nationalen Front. "Sie sind die kleinsten, bis in die Familien reichenden Gemeinschaften und bieten große Möglichkeiten für die individuelle Aufklärung und für die Entwicklung der schöpferischen Initiative aller Schichten".

Die Haus- und Hofgemeinschaften sollen mindestens einmal im Monat unter Leitung eines Agitators über die aktuellen politischen Ereignisse und Maßnahmen der Regierung "diskutieren". Außerdem werden die Haus- und Hofgemeinschaften zu gemeinschaftlichen "freiwilligen" Arbeitseinsätzen herangezogen; u.a. sollen sie alle Reparaturarbeiten in ihren Häusern möglichst selbst ausführen.

Von der Bevölkerung abgelehnt, stehen die Haus- und Hofgemeinschaften vielfach nur auf dem Papier, doch wird neuerdings ersucht, in Verbindung mit den Brigaden der sozialistischen Arbeit auch die Haus- und Hofgemeinschaften zu aktivieren.<<

05.05.1953

DDR: Chemnitz wird in "Karl-Marx-Stadt" umbenannt.

11.05.1953

DDR: Der evangelische Bischof Dibelius protestiert in einer Mitteilung an die mitteldeutschen Kirchengemeinden gegen kirchenfeindliche SED-Zwangmaßnahmen.

14.05.1953

DDR: In der SED werden wieder "Säuberungen" durchgeführt.

15.05.1953

DDR: Die Rechtsanwälte der SBZ werden in Kollegien zusammengefaßt. Diese Verordnung über die "Bildung von Kollegien der Rechtsanwälte" wird erlassen, damit sich die Rechtsanwaltschaft zu einem "sozialistischen Organ der Rechtstätigkeit in der DDR" entwickeln kann.

19.05.1953

BRD: Am 19. Mai 1953 tritt das Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge ("Bundesvertriebenengesetz") in Kraft. Dieses Gesetz (BVFG) regelt offene Rechtsstellungs- und Eingliederungsfragen. Es schafft eine bundeseinheitliche Regelung, wer Heimatvertriebener, Vertriebener oder Sowjetzonenflüchtling ist und gibt Richtlinien für weitere Eingliederungsmaßnahmen (Ergänzung zum Lastenausgleichsgesetz und den z.T. außer Kraft gesetzten Landesflüchtlingsgesetzen).

Nach dem Bundesvertriebenengesetz werden z.B. unterschieden:

1. Heimatvertriebene und Vertriebene, die nach dem Zweiten Weltkrieg durch Ausweisungsmaßnahmen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie ("A-Ausweis") oder aus dem Ausland vertrieben wurden ("B-Ausweis");

2. Flüchtlinge, die aus dem Gebiet der SBZ in die Bundesrepublik Deutschland kommen ("C-Ausweis).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sowjetzonen-Flüchtlinge" (x009/131): >>Nach dem Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953 gilt als "Sowjetzonen-Flüchtling": ein deutscher Staatsangehöriger, der seinen Wohnsitz in der SBZ oder im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin hat oder gehabt hat, von dort flüchten mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen, und dort nicht durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat.<<

22.05.1953

Jugoslawien: Angesichts der großen Austrittsbewegung von jugoslawischen Bauern und Auflösung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erläßt das Bundesparlament am 22. Mai 1953 ein "Gesetz über den landwirtschaftlichen Bodenfonds im allgemeinen Volkseigentum und über die Zuteilung von Boden an landwirtschaftliche Organisationen".

Dieses Gesetz reduziert die bisherige Höchstgrenze des bäuerlichen Grundeigentums von 20 ha auf 10 ha. Die verfügte Enteignung trifft vor allem bäuerliche Mittelbetriebe. Der enteignete Besitz soll ausschließlich kollektiver Nutzung zugeführt werden (x006/633).

28.05.1953

DDR: Die SED-Regierung ordnet am 28. Mai 1953 eine Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich mindestens 10 % an.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Arbeitsnormen in der SBZ (x009/32): >>In der SBZ nach dem sowjetischen Vorbild allgemein eingeführte Bemessungsgrundlage des Lohns bei der Ausführung von Arbeiten im Stücklohn. Als Arbeitsnorm gilt entweder die Menge der Arbeitseinheiten, die in einer bestimmten Zeiteinheit zu fertigen sind ("Stücknorm") oder die vorgegebene Zeit, in welcher eine bestimmte Arbeitseinheit herzustellen ist ("Zeitnorm"). ...<<

Die Sowjetische Kontrollkommission wird am 28. Mai 1953 in eine Hohe Kommission umgewandelt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Besatzungspolitik in der SBZ (x009/66): >>Am 28.5.1953 erfolgte die Umwandlung von SKK (Sowjetische Kontrollkommission) in eine Hohe Kommission unter Ernennung W. Semjonows zum Hohen Kommissar und deren Verkleinerung auf 1/3 ihres vorhergehenden Umfangs (19.6.1954). ...<<

29.05.1953

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 29. Mai 1953 an den US-Präsidenten Eisenhower (x095/152-153): >>... 1. Die Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der sowjetisch besetzten Zone und Berlin kann nur auf Grund freier, geheimer und direkter Wahlen nach einem für das ganze Gebiet einheitlichen Wahlgesetz erfolgen. ...

5. Die gesamtdeutsche Regierung nimmt von Anfang an als freier und gleichberechtigter Partner an den Verhandlungen über einen Friedensvertrag teil.

6. In diesem Friedensvertrag sollte das Recht aller Menschen auf die Heimat Berücksichtigung finden, wie es sich aus christlichen und naturrechtlichen Grundsätzen ergibt.

7. Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, Deutschland wird aber anstreben, die damit zusammenhängenden territorialen Fragen in einem neuen Geist internationaler friedlicher Zusammenarbeit zu ordnen. ...<<

03.06.1953

UdSSR: Das Politbüro der KPdSU mahnt die SED-Regierung, den bisherigen radikalen "Aufbaukurs des Sozialismus" zu ändern.

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/-127-128): >>3. Juni 1953 ... Friedland ist schöner geworden. Wenn der Ausdruck "schön" für ein Lager überhaupt gebraucht werden kann. Aber Lagerleiter Dr. Freßen hat es durchgesetzt, daß endlich die alten Nissenhütten zum großen Teil verschwinden und Holzbaracken an deren Stelle treten. Wege werden angelegt oder befestigt, Grünflächen geschaffen und Bänke mit Sonnenschirmen aufgestellt, Kinderspielplätze warten auf kleine Besucher und an allen Ecken und Enden wurde und wird gestrichen. ...

Aber die Um- und Neubauten deuten auch darauf hin, daß dieses Lager weiter bestehen wird. Noch lange. Denn es warten noch so viele Deutsche ... darauf, heimkehren zu dürfen. ...

"Fliehen müssen und sich heimatlos fühlen ist das schlimmste Los, das einem Menschen zuteil werden kann", sagte gestern Lagerpfarrer Krahe. "Es ist ein Verbrechen gegen das Naturrecht, Menschen die Heimat zu nehmen, sie einfach davonzujagen, sie für vogelfrei zu erklären. Kein Mensch dieser Erde hat das Recht, einem anderen die Heimat streitig zu machen und ihn mit Gewalt von seiner Scholle zu vertreiben." ...<<

04.06.1953

CSR: Gefängnis Ilava an der Waag – Erlebnisbericht des Bürgermeisters Franz H. (x005/-545): >>Ich war immer der Meinung, daß der 4.6.1953 der Tag meines Austrittes wäre.

Da sich an diesem Tage nichts rührte, fragte ich am 5.6. den diensttuenden Aufseher. Dieser war so anständig und erkundigte sich sofort in der Kanzlei und brachte mir den Bescheid, daß der 7.6. der Tag meiner Entlassung wäre. Am nächsten Tag erhielt ich im Magazin meine Zivilsachen, dann gab es die Abwicklung der verschiedenen Formalitäten in den Kanzleien, Abrechnung des Kontos usw. und nach einigen Stunden war ich wieder mit dem wonnigen Gefühl in der Exportzelle, in eigenen, wenn auch sehr schäbigen Kleidern zu stecken. Wieder bekam ich reichliches Essen und konnte in meinen Habseligkeiten herumwühlen.

Dabei wurde ich durch das plötzliche Eintreten des Abteilungschefs Oberwachtmeister Kvasnicka gestört, der mir geradezu entschuldigend mitteilte, daß ich erst am 8.6. abgehe, da der 7.6. ein Sonntag sei. Ich gab mich selbstverständlich zufrieden, war froh, daß meine Entlassung nun endlich Tatsache sei und kramte weiter in meinen Kleidern und in den während der Jahre erhaltenen Poststücken. Die größte Freude bereitete mir die zurückerhaltene Taschenuhr Marke "Junghans", die ich vorsichtig in Bewegung setzte und die nun künftig mein stetiger Begleiter sein sollte. Ich hatte sie in den Sturmtagen des Mai 1945 vor den uhrenhungrigen Zugriffen der Russen schützen können. ...<<

08.06.1953

CSR: Gefängnis Ilava an der Waag – Erlebnisbericht des Bürgermeisters Franz H. (x005/-546): >>Mit banger Ungeduld wartete ich am Montag, dem 8.6., das Gepäck stets griffbereit, auf den Augenblick, wo ich zum letzten Male über die Schwelle der Gefängniszelle treten würde.

Bis Mittag kam niemand. Endlich nach 13 Uhr tat sich die Tür auf, ich durfte austreten und auf dem Gang warten. Dort waren gerade einige deutsche Kameraden zu irgendeiner Ausgabe angetreten und sahen mich mit traurigen Mienen an. Mir kamen die Tränen, als ich die so bekannten Gesichter zum letzten Mal sah und sie nicht mitnehmen konnte. Nun begleitete mich ein Wachtmeister durch lange Gänge und Höfe - da sah ich erst die gewaltigen Ausmaße des ganzen Gefängnisses, das früher ein Kloster gewesen sein mußte.

Der Kommandant der Anstalt, ein Oberstleutnant, steuerte den Wagen, 2 Wachtmeister fuhren mit. Es war ein herrlicher Frühlingstag, die Fahrt durch die landschaftlich so schöne Slowakei, das Gefühl der Freiheit und die Gewißheit, bald zu Frau und Kindern zu kommen, ließen mein Herz höher schlagen. ...

Nach 16 Uhr kamen wir ... (im Sammellager Kuntschitz) an. Ich wurde mit den Papieren dem diensthabenden Wachtmeister übergeben und war somit tatsächlich frei, wenn es auch in die-

sem Aussiedlungslager noch die üblichen Beschränkungen gab. Ich konnte mich kaum noch auf den Füßen halten ... und wurde von Bekannten und neuen Kameraden freudig empfangen und ausgefragt. ...

Ich war stets der Meinung gewesen, daß das Aussiedlungslager ein Musterlager sein müßte, hatte mich aber gewaltig getäuscht, denn auch hier mußte ich mir erst wieder das Notwendige zusammenstellen und in der Stube aufstellen. Stets habe ich darauf gesehen, mein Bett, meinen Schrank und den Tisch, die Ablage der Kleider und der Lebensmittel so zu stellen, daß es ein wenig gemütlich und wohnlich aussah, auch wenn es nur für einige Tage war. So machte ich es auch hier und tat gut daran, da ich in diesem Raum nochmals über 7 Monate den verwanzten Strohsack drücken mußte.<<

09.06.1953

CSR: Sammellager Kuntschitz – Erlebnisbericht des Bürgermeisters Franz H. (x005/546-547): >>Gleich am zweiten Tag wurde ich in die Kanzlei gerufen und vom Kommandanten des Lagers, Oberwachtmeister P., als Insasse aufgenommen.

Seine größte Sorge war, ob ich Geld mitgebracht hätte und in Arbeit gehen werde. Letzteres verneinte ich sofort, da ich infolge meines körperlichen Zustandes keine Arbeit leisten konnte und auch nicht wollte. Ich war doch zur Aussiedlung und nicht zu weiterer Zwangsarbeit hierher gekommen. Aus meiner Arbeitszeit in der Ziegelei P. und in der Glasfabrik R. hatte ich ungefähr 7.500 Kc auf dem Konto. ... Auf meine Vorhaltung, daß ich doch über 7.500 Kc auf dem Konto haben muß, wurde mir geantwortet, daß seit dem 1.6. eine neue Währung bestehe. Von den Kameraden wurde ich aber aufgeklärt, daß die Umrechnung nicht pauschal, sondern gestaffelt erfolgt sei. Ich erhob Einspruch beim Lagerkommandanten, der mir recht gab und zusagte, in der Strafanstalt Ilava eine genaue Abrechnung und die Währungsumrechnung anzufordern.

Nach einigen Wochen erhielt ich tatsächlich ... einen Betrag von ca. 1.200 Kc, den der Oberwachtmeister P. gleich für die Kost einbehielt. Für den unfreiwilligen Aufenthalt im Lager mußte jeder pro Tag 12 Kc für Essen und Unterkunft bezahlen. Da nach 4 Monaten mein Guthaben erschöpft war, mußten sie mich für die weitere Zeit umsonst im Lager halten.<<

11.06.1953

DDR: Die Bezeichnung "Republikflucht" wird erstmalig in amtlichen Gesetzen und Verordnungen verwendet.

16.06.1953

Berlin: In Ost-Berlin protestieren DDR-Bauarbeiter gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Widerstand in der SBZ (x009/485): >>Da der Bolschewismus die parteiliche Einseitigkeit seines Regimes fordert, nicht bereit ist, die Macht mit anderen Anschauungen und ihren Trägergruppen zu teilen und keinen Platz für eine konstruktive Opposition beläßt, bestehen für Andersdenkende in kommunistischen Staaten nur die Alternativen, die Flucht in den Westen zu wagen, wobei die Möglichkeiten für die Bewohner vieler Ostblockstaaten außer der SBZ, seit jeher gering waren, sich in die innere Emigration zurückzuziehen, zu kapitulieren oder aber Meinungen und Gesinnungen und möglicherweise Verhaltensweisen zu vertreten, die vom Regime als "feindlich" verfolgt werden.

Vor allem 4 Gruppen von Opponenten sind in Erscheinung getreten: Exponenten des bürgerlichen und bäuerlichen Konservatismus, vor allem aus der älteren Generation, die, vom Regime ohnehin als potentielle Klassenfeinde beargwöhnt, von vornherein einen schweren Stand hatten; überzeugte Christen, und zwar sowohl Protestanten wie auch Katholiken aus den kleinen katholischen Enklaven - Eichsfeld! -, und hier auch vielfach Angehörige der jungen Generation (Junge Gemeinde); Exponenten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, vor allem in den Räumen Leipzig, Dresden, Halle, Magdeburg und Ost-Berlin; schließlich auch zahlreiche Ver-

treter der akademischen Intelligenz einschließlich des "parteilich erzogenen Hochschulnachwuchses".

Der Widerstand dieser Gruppen hat aber in der Regel nur die Form passiver Resistenz und der ängstlich im Privatbereich gehüteten Solidarität der Andersmeinenden angenommen, was zur Folge gehabt hat, daß das Regime trotz häufiger terroristischer Maßnahmen diesen Widerstand bis heute nicht hat brechen können. Lediglich der Juni-Aufstand 1953 stellte eine gegnerische Großaktion von wirklich politischer Dimension dar, die ohne das Eingreifen der Sowjettruppen zweifellos zum Zusammenbruch des SED-Regimes geführt hätte.

Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die in der SBZ im Unterschied zu den übrigen Volkdemokratien günstige Chance zur Flucht, die im Jahresdurchschnitt von 150.000 bis 250.000 Personen wahrgenommen worden ist, im Laufe der Jahre zu einer Aushöhlung der Bereitschaft zum aktiven Widerstand geführt hat. Dennoch finden sich in den Strafanstalten der SBZ 8.000 bis 12.000 politische Häftlinge. In den Jahren 1950 bis 1953 waren es etwa 25.000.<<

17.06.1953

DDR und Ost-Berlin: Die Proteste in Ost-Berlin und in der DDR (Gründe: allgemeiner Lohnkampf, Proteste gegen die Erhöhung von Arbeitsnormen, politische und soziale Mißstände usw.) weiten sich zur Massendemonstration gegen das SED-Regime aus. Die sowjetische Besatzungsmacht verhängt daraufhin den Ausnahmezustand und greift sofort militärisch ein, um das Ulbricht-Regime zu stützen. Der Volksaufstand wird schließlich durch brutale Gewalt und Strafmaßnahmen niedergeschlagen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Juni-Aufstand in der SBZ (x009/203-205): >>Im engeren Sinne die Streiks und Demonstrationen am 16.6. und der Massenaufstand am 17.6.1953 in Ost-Berlin und in der SBZ; Reaktion der Bevölkerung der Zone auf die jahrelange Unterdrückung durch das SED-Regime, die katastrophale Lebensmittelversorgung und insbesondere auf die letzte Phase der Sowjetisierung im Zeichen des Sozialismus. Der am 9.6.1953 vom Politbüro des ZK der SED beschlossene neue Kurs wurde mit Recht als Zeichen der Schwäche der SED-Regierung verstanden.

Anlaß zum Juni-Aufstand gab die "administrative" Erhöhung der Normen. Am 28.5.1953 wurden durch Ministerratsbeschluß die Normen allgemein um mindestens 10 % erhöht. Das kam einer Lohnsenkung um 30 bis 42 % gleich. Der Widerstand gegen diese Maßnahme kam schon vor dem 9.6. in Protesten und Einzelstreiks zum Ausdruck. Nachdem das Kommuniqué des Ministerrats vom 11.6. bei der Verkündung des "Neuen Kurses" gar nicht auf die Normenfrage eingegangen war, löste ein Artikel in der "Tribüne" (Organ des FDGB) vom 16.6. die Ost-Berliner Demonstrationen aus. Der Artikel hatte festgestellt: "... Die Beschlüsse über die Erhöhung der Normen sind in vollem Umfange richtig." Am gleichen Tag um 7 Uhr beschloßen die Arbeiter vom VEB Bau-Union in der Stalinallee den Streik und marschierten, bald durch andere Arbeiter verstärkt, zu dem in der Leipziger Straße gelegenen "Haus der Ministerien" (ehemaliges Reichsluftfahrtministerium).

Hier entwickelte sich der Streik zur Volkserhebung mit der Forderung nach freien Wahlen, besseren materiellen Lebensbedingungen und Rücktritt der SED-Regierung. Die Streikbewegung dehnte sich inzwischen auch auf die Randgebiete Berlins aus. Volkspolizei stand bereit, griff aber nicht ein. Die SED-Gegenpropaganda versagte völlig, so durch einander widersprechende Verlautbarungen über die Aufhebung der Normenerhöhung, und sie verstärkte im Gegenteil den Ausbruch der jahrelang unterdrückten Volkswut.

Am 17.6. wurde das Ziel der Demonstration klar: der Volksaufstand wollte des SED-Regime hinwegfegen. Mit dem Marsch von 12.000 Arbeitern des Stahl- und Walzwerks Hennigsdorf griff die Zone in den Aufstand ein. Brennpunkte der nun folgenden Zusammenstöße mit der Volkspolizei waren die Leipziger Straße, der Potsdamer Platz, der Lustgarten, das Branden-

burger Tor. Inzwischen waren sowjetische Truppen in Stärke von mindestens 2 Divisionen mit zahlreichen Panzern und Panzerspähwagen nach Berlin geworfen worden. Vom Brandenburger Tor wurde um 11 Uhr 10 die rote Fahne heruntergeholt. Gegen 12 Uhr fielen die ersten Schüsse. Ab 13 Uhr wurde vom sowjetischen Stadtkommandanten, Generalmajor Dibrowa, für den Sowjet-Sektor der Ausnahmezustand verhängt. Während die sowjetischen Truppen den Sturm auf das "Haus der Ministerien" verhindern konnten, wurden u.a. das Columbus-Haus, das Haus "Vaterland", Aufklärungslokale, Zeitungskioske und Parteibüros in Brand gesteckt oder demoliert.

Die Haltung der Volkspolizei war vielfach zweideutig. Zahlreiche Volkspolizisten gingen zu den Streikenden über. Infolgedessen wurden bald Volkspolizisten nur zusammen mit Rotarmisten eingesetzt. Aber auch Teile der Besatzungsarmee sympathisierten vereinzelt offensichtlich mit den Demonstranten. Ab 21 Uhr herrschte in Ost-Berlin die durch den Ausnahmezustand erzwungene Ruhe. Die Sektorengrenzen waren völlig abgeschlossen.

Die Nachricht von den Berliner Ereignissen verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der Zone, und in fast allen größeren Städten machte sich der Volkszorn in ähnlicher Weise Luft. Wo sowjetische Truppen nicht sofort zur Verfügung standen, erzielten die Demonstranten teilweise beträchtliche Erfolge. Industriewerke, Verwaltungszentren und Gerichtsgebäude befanden sich vielfach völlig in ihrer Hand, Gefängnisse und Zuchthäuser wurden gestürmt, politische Gefangene befreit. Nach Verhängung des Ausnahmezustandes wurde der Aufstand meist durch sowjetische Truppen niedergeschlagen.

Der Juni-Aufstand hat der Sowjetunion und dem westlichen Ausland den moralischen Zusammenbruch und die Unmöglichkeit, die SBZ zu bolschewisieren, unwiderleglich bewiesen. Er hat ferner die weit verbreitete Auffassung widerlegt, daß Volkserhebungen in totalitären Systemen unmöglich seien. Ohne das Eingreifen der Besatzungsmacht hätte der Aufstand, obschon er in keiner Weise vorbereitet war und ihm jede zentrale Führung fehlte, wahrscheinlich zum Sturz des SED-Regimes geführt. Während des Aufstandes zeigte sich das Regime entschlußlos, erschrocken und konzessionsbereit. Viele Funktionäre gingen zu den Aufständischen über. Nach Festigung der Lage jedoch versuchte man die katastrophale moralische Schlappe des Regimes durch die Sprachregelung zu vertuschen, der Aufstand sei von "westlichen Provokateuren und Agenten" inszeniert worden.

Solche Behauptungen werden allein schon durch das Fehlen jeglicher zentralen Führung und durch entscheidende taktische Fehler bei der Durchführung widerlegt. Der Westen hat vielmehr jegliche Unterstützung versagen müssen, weil eine Ausweitung zu einer weltpolitischen Krise vermieden werden sollte. Auch aus der Bundesrepublik wurde nur zur Besonnenheit gemahnt und vor Provokationen insbesondere gegenüber der Besatzungsmacht, gewarnt, obschon weite Kreise der Bevölkerung die Vorgänge mit leidenschaftlicher Teilnahme und großen Hoffnungen verfolgten.

Die Tatsache und das Ausmaß des Juni-Aufstandes entzogen dem Anspruch der Kommunisten, im Auftrage der Arbeiterschaft in der SBZ den "Aufbau des Sozialismus" zu vollziehen, für immer den Boden. Die Sowjets aber hätten durch Nachgeben gegenüber den maßvollen Zielen des Juni-Aufstandes ein neues Verhältnis gegenüber Deutschland herstellen und eine Politik der Verständigung einleiten können.

Die Verluste des Juni-Aufstandes sind nicht genau zu ermitteln. Der Aufstand selber hat nach verhältnismäßig zuverlässigen Angaben 267 Tote unter den Demonstranten, 116 unter den Funktionären und 18 unter den sowjetischen Truppen gefordert. Verwundet wurden danach 1.067 Demonstranten, 645 Funktionäre und 126 Sowjetarmisten. Die Zahlenangaben über Opfer standrechtlicher Erschießungen schwanken erheblich. Einschließlich der später willkürlich zum Tode Verurteilten dürften sie um 100 liegen. Genauere Angaben wurden über die Zahl der Opfer der dem Aufstand folgenden Rachejustiz errechnet. Danach wurden 1.100-

1.200 tatsächliche oder angebliche Teilnehmer zu insgesamt etwa 6.000 Jahren Zuchthaus, Arbeitslager oder Gefängnis verurteilt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das Verhalten der Volkspolizei im Verlauf des Juni-Aufstandes (x009/289): >>Während des Juni-Aufstandes 1953 gingen Teile der allgemeinen Volkspolizei (DVP) zum Volke über, doch die Wacheinheiten des MfS ließen sich von der SED überall bedenkenlos neben den Sowjettruppen gegen das Volk einsetzen.

Die Zuverlässigkeit der KVP, auf deren Einsatz die Sowjetunion vorsichtshalber nur in äußersten Notfällen zurückgriff, wurde nicht ernsthaft geprüft. Nach dem 17. Juni ging die Mitgliederzahl der GST stark zurück, da FDJ und SED im Zeichen des "Neuen Kurses" die Zwangswerbung für sie zunächst abschwächten.

Die Erfahrungen mit der Volkspolizei (DVP) und der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) sowie die Ungewißheit darüber, wie sich die Kasernierte Volkspolizei (KVP) im Ernstfalle bewähren würde, bewogen die Regierung zu ständiger Siebung und Härtung der KVP in politischer und militärischer Beziehung.<<